Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 66 (1974)

Heft: 4

Artikel: Die schweizerische Wirtschaft mit überraschender Widerstandskraft

Autor: Traber, Hans A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354654

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die schweizerische Wirtschaft mit überraschender Widerstandskraft

Hans A. Traber

Das Wirtschaftsjahr 1973 wird in der Fachpresse als ein Jahr voller Widersprüche, mit konjunkturpolitischer Hektik und hohem Wellengang bezeichnet. Die schweizerische Wirtschaft lief zwar weiterhin auf hohen Touren und erarbeitete erneut ein höheres Produktionsergebnis: Nach Schätzungen der Kommission für Konjunkturfragen war das Wachstum nur wenig geringer als die Rekordsteigerung von 1972. Die wirtschaftliche Entwicklung vollzog sich aber im Vergleich zum Vorjahr unter wesentlich veränderten Bedingungen. Die Wirtschaft hatte sich auf die am 20. Dezember 1972 erlassenen dringlichen Massnahmen zur Dämpfung der Überkonjunktur einzurichten. Zudem brachen im Januar 1973 die letzten Reste der früheren Währungsordnung zusammen. Die dadurch erzwungene Freigabe der Wechselkurse durch die Nationalbank verhinderte den weiteren Zufluss von Geld aus dem Ausland und schuf einen neuen Damm gegen den Inflationsimport. Sie wirkte überdies wie als Beginn einer neuen konjunkturpolitischen Ära. Doch die Bemühungen zur Eindämmung der Inflation erwiesen sich angesichts einer noch kaum je erlebten Preishausse auf den Rohwarenmärkten als erfolglos. Die Teuerung beschleunigte sich sowohl auf der Grosshandels- als auch auf der Detailhandelsstufe weiter. Sie betrug bereits im Herbst 1973 mehr als zehn Prozent und schien nach Ausbruch der «Ölkrise» vollends ausser Kontrolle zu geraten. Die Ölkrise selbst liess die Befürchtung entstehen, die Wirtschaftstätigkeit würde rasch und drastisch gehemmt. Zeitweilig herrschte eine eigentliche Weltuntergangsstimmung, und man meinte das Ende der Wohlstandsgesellschaft zu sehen. Inzwischen hat eine nüchterne Beurteilung an Platz gewonnen. Die Kommission für Konjunkturfragen erwartet in den nächsten Monaten gemäss ihrem neuesten, Mitte Februar 1974 abgeschlossenen Bericht über die Wirtschaftslage bloss eine Fortsetzung der konjunkturellen Beruhigung, aus der keine ins Gewicht fallende Gefährdung von Arbeitsplätzen resultieren werde.

Exporte von Frankenaufwertung unbeeinflusst

Die Währungskrisen der vergangenen Jahre und der Übergang zum System der flexiblen Wechselkurse haben zu massiven Verschiebungen der Wechselkursstruktur geführt. Als Folge davon hat sich die Situation der schweizerischen Exportindustrie – wechselkursmässig – eindeutig und zum Teil drastisch verschlechtert. Seit der

Freigabe der Wechselkurse am 23. Januar 1973 hat sich der Franken gegenüber den meisten ausländischen Währungen ziemlich stark aufgewertet. Gegenüber dem amerikanischen Dollar betrug der Aufwertungssatz zeitweilig 40 Prozent. Die mit den Anteilen der einzelnen Länder am schweizerischen Gesamtexport gewichtete Aufwertung des Frankens erreichte mit 29 Prozent am 18. Juli 1973 ihren höchsten Wert und betrug Ende Januar 1974 – nach einer überraschenden Erholung des Dollars – noch 20 Prozent.
Der Tatsache einer eindeutigen Verteuerung der Schweizer Produkte für die meisten ausländischen Kunden steht jedoch die andere Tatsache gegenüber, dass die schweizerischen Exporte 1973 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 14 Prozent und im Januar 1974 sogar um 22 Prozent angestiegen sind. Zudem konnten die in Franken ausgedrückten Exportpreise wie schon 1972 erneut um etwa fünf Prozent erhöht werden. Für diese überraschende Widerstandskraft der schweizerischen Exportindustrie gegenüber selbst massiven währungspolitischen Störungen lassen sich vor allem zwei Erklärungen anführen. Einmal scheint die Nachfrage nach vielen schweizerischen Exportprodukten verhältnismässig preisunempfindlich zu sein, und zwar wegen des Gewichtes eingespielter Kundenbeziehungen, der Qualität und der Spezialisierung des Sortimentes und der vorteilhaften Lieferbedingungen. Zum andern dürfte die gute Konjunktur bedeutender Abnehmerländer zum anhaltenden schweizerischen Exportwachstum beigetragen haben. Die inflatorischen Preisbewegungen in diesen Ländern haben überdies der aufwertungsbedingten Verteuerung der schweizerischen Produkte die Spitze gebrochen. Schliesslich ist, wie es schon die «NZZ» getan hat, auch die Frage zu stellen, ob die Schweiz nicht während langer Jahre von einem zu ihren Gunsten verzerrten Wechselkursgefüge profitiert hat.
Zur *Exportsteigerung* trugen 1973 – mit Ausnahme der Schuh- und der Tabakindustrie – alle Hauptindustrien bei. Die grösste Zuwachsrate wies mit knapp 10 Prozent die Metall- und Maschinenindustrie auf: ihr Export stellte sich auf über 11 Milliarden Franken und deckte so rund einen Drittel der schweizerischen Einfuhr. Die Branche vermochte auch den Auftragsbestand, von dem etwa drei Viertel aus dem Ausland stammen, bis zum Herbst 1973 weiter zu erhöhen. Erst gegen Ende 1973 vermehrten sich die Anzeichen einer Verflachung auf hohem Stand. Dennoch nahm der durchschnittliche Arbeitsvorrat auf neun Monate zu und war damit um einen Fünftel grösser als Ende 1972. Ausgesprochen hoch war die Arbeitsreserve in der Textilmaschinenindustrie, bei den Herstellern von Instrumenten und Apparaten sowie im Grossmaschinenbau. Dagegen hatten die Werkzeugmaschinenindustrie und die Eisen- und Stahlwerke wie schon 1972 einen eher knappen Arbeitsvorrat zu verzeichnen.
Der «Spitzenreiter» von 1972, die chemisch-pharmazeutische Indu-

strie, musste ein von 16 auf 10 Prozent verringertes Exportwachstum in Kauf nehmen. Die Produktionskapazitäten blieben erneut voll ausgelastet, was andeutet, dass sich auch dieser Industriezweig unter erschwerten Umständen zu behaupten vermag. Dies trifft im ganzen gesehen auch für die Textil- und Bekleidungsindustrie zu, die ebenfalls eine Exportzunahme von 10 Prozent aufwies. Allerdings verlief die Entwicklung ziemlich uneinheitlich. Ueberdurchschnittlichen Verkaufszunahmen bei Stickereien (+ 22 Prozent), bei Baumwollgeweben (+ 18 Prozent), bei Wollgeweben (+ 13 Prozent), bei Geweben aus Seide und Chemiefasern (+ 12 Prozent) standen namhafte Absatzrückgänge von Baumwollgarnen (—4 Prozent) und textilen Bodenbelägen (— 8 Prozent) gegenüber. Auch die Schuhindustrie hatte nach dem Absatzrückgang um sieben Prozent im Jahre 1972 erneut eine Einbusse um fünf Prozent in Kauf zu nehmen. Die Wechselkursänderungen haben insbesondere den Absatz auf dem für die Branche wichtigen amerikanischen Markt erschwert und massgeblich zur Schliessung von zwei weiteren bekannten Betrieben beigetragen.

Auch bei den *Importen* war ein von neun Prozent auf dreizehn Prozent verstärktes Wachstum zu verzeichnen. Die Beschleunigung konzentrierte sich auf die Rohstoffe und Halbfabrikate (+ 16 Prozent) und auf die Energieträger, deren Zufuhren sich dem Werte nach um 51 Prozent und mengenmässig um neun Prozent verstärkten. Dagegen nahmen die Konsumgüterimporte merklich langsamer als 1972 zu. Bei den Investitionsgütern wurden bloss zwei Prozent mehr importiert als im Vorjahr, verglichen mit einer Zuwachsrate von elf Prozent im Jahre 1972. Vermindert haben sich – vor allem infolge des geringeren Auslastungsgrades im Tief- und Strassenbau – die Käufe von nicht-elektrischen Maschinen und Lastwagen.

Rationalisierungsinvestitionen werden forciert

Die Vorprodukte für industrielle Ausrüstungen und Betriebseinrichtungen wiesen dagegen auch 1973 wachsende Einfuhrzahlen auf. Die Wirtschaft ist offensichtlich bestrebt, den Produktionsapparat noch leistungsfähiger zu gestalten. Seit einiger Zeit ist denn auch die Tendenz zu beobachten, Maschinen und Apparate früher zu ersetzen, als es deren technische Lebensdauer erfordern würde. So hat z. B. die Wollindustrie in den letzten drei Jahren durchschnittlich eine Million Franken oder 5 Prozent des Umsatzes investiert. Davon entfielen etwa drei Viertel auf Maschinen. Im Rahmen dieses Investitionsprozesses stieg die Zahl der wesentlich leistungsfähigeren schützenlosen Webmaschinen seit 1959 von 40 auf 410, jene der konventionellen Webstühle sank gleichzeitig von über 2400 auf 420. Aus anderen Unterlagen ist ersichtlich, dass die Textilindustrie als ganzes im Jahre 1971 fast eine halbe Million Franken für einen

Arbeitsplatz investiert hat. Dieser Betrag liegt um ein erhebliches über den für die grössten Baufirmen oder führende Firmen der Nahrungsmittel- oder der Chemiebranche ermittelten Werten und straft die alte Meinung Lügen, die Textilindustrie sei ein absterbender Produktionszweig.
Allerdings haben sich etliche Investitionen als zu vorschnell erwiesen. Infolge des praktisch unverminderten Mangels an Arbeitskräften sollen im Mittel etwa zehn Prozent aller Arbeitsplatzkapazitäten nicht ausgenützt sein. Diese freien Arbeitsplatzkapazitäten sind einerseits eine Folge der nach wie vor verbreiteten, aber irrigen Annahme, Arbeitskräfte seien frei verfügbar. Anderseits sind sie eine der Voraussetzungen dafür, dass sich der Strukturwandel fortsetzen und die branchenmässige Verteilung der Arbeitskräfte, wie sie von der Kommission für Konjukturfragen prognostiziert wird, etwas rascher als bisher verändern wird.

Erneut hohe Bauproduktion bei zunehmendem Leerwohnungsbestand

Die Bauwirtschaft stand 1973 vor allem unter dem Einfluss der zur Dämpfung der Ueberkonjunktur getroffenen Massnahmen zur Stabilisierung des Baumarktes und der Budgetrestriktionen der öffentlichen Gemeinwesen. Die von diesen Massnahmen herbeigeführten realwirtschaftlichen Umdispositionen äusserten sich insbesondere in der geringeren Zahl von Projektierungen und im abnehmenden Auslastungsgrad der technischen Kapazitäten, der Mitte 1973 lediglich 70 Prozent gegenüber 80 Prozent Mitte 1972 betrug. Nach Erhebungen des Schweizerischen Baumeisterverbandes war der Arbeitsvorrat Mitte 1973 real um 15 Prozent tiefer als Mitte 1972, und die Preise sollen regional teilweise erheblich zurückgegangen sein. Von einem eigentlichen Beschäftigungseinbruch in der Bauwirtschaft kann jedoch nicht gesprochen werden. In seinem Bericht vom 24. Oktober 1973 über die Dämpfungsmassnahmen hält der Bundesrat fest, dass vor allem in städtischen Regionen die Ueberforderung auf dem Baumarkt fast ungebrochen anhält.
Der Wohnungsbau wies jedenfalls erneut ein beachtliches Wachstum auf. Die Zahl der neu erstellten Wohnungen lag in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern um 12 Prozent über der Vorjahresproduktion; 1972 betrug der Zuwachs nur 9 Prozent. Dagegen hat sich die Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen um 7 Prozent verringert. Die Zahl der baubewilligten Wohnungen, die einige Hinweise auf die weitere Entwicklung der Wohnbautätigkeit vermittelt, ist sogar um 19 Prozent unter den Vorjahresstand oder auf 63 000 Einheiten gesunken. Wegen dieses Umstandes und angesichts der im Vergleich zu 1972 mit 11 500 Einheiten mehr als doppelt so grossen Zahl von leerstehenden Wohnungen beurteilt die Bauwirtschaft die Aussichten für 1974 höchst zurückhaltend. Ende 1973 haben sogar 17

Prozent der Baubetriebe die kurzfristigen Aussichten als schlecht taxiert, verglichen mit 5 Prozent Ende 1972.
Der Leerwohnungsbestand war wie schon in der Vergangenheit je nach Region stark unterschiedlich. Er war mit 0,21 Prozent des geschätzten Wohnungsbestandes (Vorjahr 0,13 Prozent) in den Grossstädten am geringsten und mit 0,98 Prozent (Vorjahr 0,51 Prozent) in den Landgemeinden mit 2000 bis 5000 Einwohnern am grössten. In 21 der 92 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern war die Leerwohnungsziffer grösser als 1 Prozent. In vier Städten, nämlich in Montreux, Grenchen, Aarau und Le Locle betrug sie sogar 2 und mehr Prozent. Die höchste Ziffer verzeichnete mit 2,88 Prozent oder 217 leeren Wohnungen die Stadt Grenchen.

Privater Konsum neigt zur Schwäche

Symptomatisch für die Verflachung der Binnenkonjunktur im Verlauf des Jahres ist die Schwächeneigung des privaten Konsums, die vor allem der Detailhandel zu spüren bekam. Die wertmässigen Detailhandelsumsätze waren zwar im Jahresdurchschnitt 1973 um 7 Prozent grösser als vor Jahresfrist. 1972 hatte das Umsatzwachstum jedoch 10 Prozent betragen. Wesentlich deutlicher zeigt sich die Schwächeneigung an den um die Teuerung bereinigten realen Umsätzen. Betrug dieser reale Umsatzanstieg 1972 noch fast 5 Prozent, so trat 1973 eine Abnahme um 2 Prozent auf. Davon betroffen wurden vor allem Bekleidungsartikel und Textilwaren sowie Nahrungs- und Genussmittel, während die meisten übrigen Artikelgruppen relativ ungeschoren blieben. Einzig der Automobilhandel war mit einem – schon vor der Oelkrise einsetzenden – Absatzrückgang konfrontiert, der sich um die Jahreswende im Durchschnitt auf 40 Prozent belief.
Ohne Zweifel ist diese Entwicklung durch mehrere Faktoren verursacht worden; so durch die Stagnation des Fremdenverkehrs und durch das Fernbleiben der Nachbarschaftskunden in den Grenzregionen infolge der ungünstigeren Wechselkursrelationen. Die nachhaltigste Beeinträchtigung der Kauffreudigkeit scheint indessen die immer spürbarer werdende Teuerung ausgeübt zu haben, die zusammen mit der kalten Steuerprogression und höheren Steuersätzen zu einer relativen Schmälerung der verfügbaren Einkommen geführt hat. Da und dort mögen auch unklare wirtschaftliche Perspektiven dazu beigetragen haben: aus einer im Oktober von der Publitest AG durchgeführten Umfrage geht hervor, dass 7 Prozent der Befragten für die kommenden zwölf Monate eine wesentliche und 35 Prozent eine leichte Verschlechterung der Wirtschaftslage erwarten.

Reallöhne stagnieren

Bei starrem inländischen Arbeitsangebot, restriktiver Gastarbeiterpolitik und anhaltend hoher industrieller Tätigkeit vermochte sich

der Arbeitsmarkt nicht zu entspannen. Die Zahl der Arbeitslosen verharrte – glücklicherweise – auf dem seit langem bekannten Tiefstand. Auch Kurzarbeit ist – im Gegensatz zu den Verhältnissen in Deutschland – unbekannt. Die Lohnsätze stiegen denn auch in der Industrie und im Baugewerbe etwas stärker an als 1972, und es ist angesichts der höheren Teuerungsrate auch mit einem etwas stärkeren Anstieg der Arbeitsverdienste als im Vorjahr zu rechnen. Doch erstmals seit 1966 hat die Kaufkraft der Lohnsätze um 2,5 Prozent abgenommen. Dies hält mit aller Deutlichkeit fest, wie der Lohnempfänger durch das System des «nachhinkenden» Teuerungsausgleichs im laufenden Preisauftriebsgeschehen benachteiligt wird und wie unhaltbar die «Sündenbocktheorie» ist: «Wenn nämlich eine Teuerung ausgeglichen werden muss, zeigt dies – hat es Professor Sieber Mitte 1973 im ‚Bund' geschrieben – dass die in dieser Teuerung zum Ausdruck kommende Inflation bereits stattgefunden hat.»

Teuerung auf Rekordhöhe

Die Teuerung, die – wie der Bundesrat 1972 in der Botschaft zur Dämpfung der Ueberkonjunktur schrieb – die «Zukunft unserer Wirtschaft sowie unsere sozialen und staatspolitischen Einrichtungen gefährdet», hat 1973 tatsächlich stattgefunden. Die Teuerungsrate als Spiegelbild des Anstiegs des Landesindex der Konsumentenpreise erhöhte sich von 7 Prozent im Jahre 1972 auf 8 Prozent im Frühjahr und 9 Prozent im Herbst 1973. Sie stieg wegen der Preisexplosion beim Heizöl im November auf 11 und Dezember 1973 sogar auf 12 Prozent. Damit wurde der bisher in Friedenszeiten grösste Anstieg des Preisniveaus gemessen. Selbst im Zweiten Weltkrieg wurde nur während den ersten drei Kriegsjahren ein bis 18 Prozent gehendes noch schnelleres Tempo der Teuerung erreicht.
Auch im Jahresmittel 1973 wurde mit 8,7 Prozent die höchste Teuerungsrate der Nachkriegszeit gemessen. An diesem Anstieg waren mit je einem Fünftel die Nahrungsmittel und die Gruppe Heizung und Beleuchtung beteiligt, gefolgt von den Mietzinsen und der Gruppe Bekleidung. Im Vergleich zu 1972 ist insbesondere der Teuerungsanteil der Gruppe Heizung und Beleuchtung hinaufgeschnellt; damals war das Heizöl sukzessive billiger geworden, während 1973 sich sein Preis zeitweilig verdreifacht hat. Anderseits hat sich infolge des unterschiedlichen Preisanstiegs der Teuerungsanteil der Nahrungsmittel und der Mieten zurückgebildet, während derjenige der Gruppe Bekleidung ungefähr gleich blieb.
Die Teuerungsausschläge haben das latent vorhandene Misstrauen gegenüber dem Landesindex verstärkt und – von der Sache her gesehen etwas vorzeitig – seine Revision ausgelöst: Am 24. November 1973 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepar-

tementes der Sozialstatistischen Kommission den Auftrag erteilt, seine Totalrevision an die Hand zu nehmen. Die Kritik am Landesindex, die ihren Niederschlag in «Kleinen Anfragen» und «Postulaten» der eidgenössischen Räte gefunden hat, betrifft teils den Aufbau des Index, teils die Anwendung des Index in Wirtschaft und Politik. Verschiedentlich glaubt man, mit einer Aufteilung des Index in speziellen Reihen (zum Beispiel zum Messen der Preisentwicklung des Zwangsbedarfs und des Wahlbedarfs) ein erstes statistisches Instrument einer staatlichen Lohn- und Einkommenspolitik schaffen zu können. Ein «Erfolg» solcher Aufteilungsbestrebungen erscheint – nicht nur wegen der grundlegenden Schwäche jeder Einkommenspolitik – als höchst ungewiss. Ein «aufgeteilter» Landesindex würde zweifellos noch ausgeprägter als bisher zur Zielscheibe der Kritik und in einen im Ergebnis höchst unsicheren Indexkrieg verwickelt. Die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände haben inzwischen deutlich zu verstehen gegeben, dass sie zwar eine Indexrevision begrüssen, aber weiterhin am Verständigungsindex festhalten. Der Verständigungsindex hat, wie seine fast 50jährige Geschichte zeigt, zur Entspannung und Befriedung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse beigetragen. Er ist, wenn auch kein Präzisions- oder Universalinstrument, so doch ein zuverlässiger Kompass durch die wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten.

Schrumpfung des finanziellen Spielraumes führt zu steigenden Zinssätzen

Die im Gefolge der Währungskrisen 1971 und 1972 verursachte Aufblähung der Geldmenge um 45 Prozent konnte 1973 sukzessive resorbiert werden. Die flexiblen Wechselkurse liessen den früheren gewaltigen Zustrom ausländischer Gelder versiegen. Die Kreditbegrenzung bremste den inflatorischen Geldschöpfungsprozess im Bankensystem. Die Plafonierung des Emissionsvolumens hielt die Beanspruchung des Kapitalmarktes in Grenzen, so dass sich die internationale Zinshausse in der Schweiz nur sehr gedämpft bemerkbar machte. Die durchschnittlich Rendite der Bundesobligationen lag im Juli mit 5,4 Prozent auf dem gleichen Stand wie im Januar. Auch die Hypothekarzinssätze blieben im Durchschnitt von zwölf Kantonalbanken unverändert. Die Zinssätze für kurzfristige Gelder waren bis im Frühsommer sogar rückläufig. Im Laufe des Sommers jedoch begann sich der finanzielle Spielraum zu verknappen, was einen bis heute anhaltenden Zinsauftrieb auslöste und das Zinsniveau gegenüber dem 1. Halbjahr 1973 um anderthalb Prozent ansteigen liess. Kantone und Gemeinden müssen jetzt für Anleihen 6,75 bis 7 Prozent Zins bewilligen. Die Rendite der Bundesobligationen betrug Mitte März 6,8 Prozent, und Alt-Hypotheken dürfen mit dem Segen der Preisüberwachung per 1. April 1974 von 5,25 auf 5,5 Prozent erhöht werden.

Ausblick

Die Kreditbremse hat zu knirschen begonnen. Die Anfragen nach Ueberbrückungskrediten sind im Steigen begriffen. Sie können aber von den Banken wegen der Kreditbegrenzung nicht oder nur teilweise befriedigt werden. Der Restriktionskurs wird daher – wie eingangs erwähnt – den volkswirtschaftlich zwar notwendigen, im Einzelfall aber schmerzenden Strukturwandel beschleunigen. Er ist kurzfristig zur Dämpfung der Ueberkonjunktur auch erwünscht, könnte aber auf längere Dauer Rezessionserscheinungen zur Folge haben. 1973 wird denn auch als das Jahr der Wende des seit 1968 andauernden konjunkturellen Aufschwunges bezeichnet, und für 1974 wird eine weitere Beruhigung der Wirtschaftstätigkeit erwartet.